

Information über "negative Kräfte" in der Evangelischen Kirche

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der DDR verschlechterte sich Ende der 80er Jahre zusehends. Dies lag vor allem daran, dass viele evangelische Kirchen kritischen Friedens- und Bürgerrechtsaktivisten ein Dach boten und dass sich viele Kirchenvertreter in den nicht-staatlichen Bewegungen engagierten. Die Stasi überwachte und kontrollierte die kirchlichen Gruppen und darin engagierte Geistliche, die sie als "negative Kräfte" einschätzte.

Anfang 1988 war das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf einem Tiefpunkt angekommen. Insbesondere die evangelische Kirche bot für zahlreiche Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler sowie Ausreisewillige einen Schutzhelm. Sie konnten dort ihre Forderungen öffentlich vortragen. Die Partei- und Staatsführung reagierte ihrerseits mit Druck. Als einziger Ausweg aus der festgefahrenen Situation erschien den Kirchenvertretern ein Gespräch auf höchster Ebene, wie es am 6. März 1978 bereits stattgefunden hatte.

Am 3. März 1988 empfing SED-Chef Erich Honecker den Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, den thüringischen Landesbischof Werner Leich. Dieser thematisierte bei der Gelegenheit die restriktiven Regelungen zur Ausreise aus der DDR und die Unterdrückung jeglicher freien Meinungsäußerung durch die Staatssicherheitsorgane.

Am 6. März 1988 kontrollierten Sicherheitskräfte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Gottesdienstes der evangelischen Sophienkirche in Ost-Berlin. Weitere Kontrollen in anderen Städten, Eingriffe der staatlichen Zensur in die Kirchenpresse und Berichterstattungsverbote für westliche Journalistinnen und Journalisten über Synodaltagungen mehrerer DDR-Landeskirchen folgten. Das vorliegende Dokument vom 7. März 1988 gibt eine Übersicht darüber, wie stark die Stasi den Einfluss der "negativen Kräfte" in der evangelischen Kirche in der gesamten DDR einschätzte. So gebe es in den acht evangelischen Landeskirchen 120 Friedens- und Ökologiegruppen mit "politisch-negativen Positionen".

Signatur: BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, BL 296-298

Metadaten

Datum: 7.3.1988

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Information über "negative Kräfte" in der Evangelischen Kirche

BStU

000296

Berlin, den 7. 3. 1988

Information zur gegenwärtigen Situation unter den negativen Kräften, die in den evangelischen Kirchen wirken

In der DDR wirken etwa 4200 evangelische Geistliche, darüber hinaus ca. 10500 Katecheten, Gemeindehelfer, Gemeindepädagogen in den acht Landeskirchen mit ihren rund 7200 Kirchengemeinden. In der evangelischen Diakonie sind etwa 15.000 Bürger beschäftigt.

Die überwiegende Mehrheit der Geistlichen, kirchlichen Amtsträger und auch der gewählten Laien respektieren die Verfassung und die Gesetze der DDR. Sie unterstützen Geist und Linie des Treffens vom 6. März 1978.

Im Bereich der Diakonie gibt es die größte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staat. Hier erfolgt ein konstruktives Miteinander, verfassungsgemäße und rechtliche Vereinbarungen von Kirche und Gesellschaft im Interesse des Menschen. Hier gibt es lediglich vereinzelte Personen, die eine politisch negative Haltung zeigen.

In den drei evangelischen Landeskirchen Görlitz, Anhalt und Gräifswald lehnen die Kirchenleitungen jede politische Gruppenbildung ab. Es sind bis auf ganz wenige Personen auch fast keine Aktivitäten negativer bzw. feindlicher Kräfte oder Gruppen bekannt.

Es ist festzustellen, daß in den evangelischen Landeskirchen nur im ganz geringen Maße ordinierte Geistliche mit einer eigenen Gemeinde in negativen Gruppen zu finden sind. In den einzelnen Bezirken sind es unterschiedlich je 2 bis 5 Personen. Eine Ausnahme macht lediglich die Hauptstadt Berlin, in der ca. 15 solcher Pfarrer bekannt sind.

In den letzten Monaten distanzierten sich die 7 evangelischen Kirchenleitungen von dem destruktiven Verhalten und der politischen Situation in der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg.

Information über "negative Kräfte" in der Evangelischen Kirche

BSU
000297
2

Aber sowohl in diesen Leitungsgremien wie bei der Mehrzahl der Geistlichen, gibt es kaum Bereitschaft, sich mit den negativen Entwicklungen in den Kirchen auseinanderzusetzen. Sie sehen die Ursache für die politisch negativen Entwicklungen vor allen in Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und erwarten vom Staat, daß er solche Probleme wie Information, Bildung, Wehrdienst, Umgang mit Bürgern und Ausreisen "in Ordnung bringt". Erst dann, so meinen sie, sei das Verhältnis von Staat und Kirche weiter konstruktiv auszugestalten.

In den 8 evangelischen Landeskirchen wirken territorial begrenzt 120 Friedens- und Ökologiegruppen mit politisch-negativen Positionen, die bis zur feindlichen Tätigkeit reichen. Sie erfassen bei ihren Treffen ca. 2.000 Personen.

In 19 überörtlichen Initiativen, wie "Kirche von unten", "solidarische Kirche", "Gruppe Grenzfall", "Umweltblätter" sind politisch feindliche Kräfte organisiert.

In jedem der Kreise besteht der Kern aus 5 bis 10 Personen, in Berlin allerdings 20 bis 60, z. B. in der Samaritergemeinde.

Schwerpunkte der Gruppen sind Berlin, Dresden, Halle, Magdeburg, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Jena, Wittenberg und Meißen.

Bei Höhepunkten treffen sich im Raum der DDR bei überörtlichen Veranstaltungen ca. 400 Personen, in der Hauptstadt ca. 700 bis 800.

Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Friedens- und Ökokreise Überörtliche Kreise

Rostock	6	-
Schwerin	3	1
Neubrandenburg	3	1
Berlin	25	5
Potsdam	5	-
Frankfurt/O.	7	1
Cottbus	8	-
Halle	12	2
Magdeburg	10	1
Dresden	17	1
Leipzig	7	2
Karl-Marx-Stadt	10	3
Gera	2	-
Erfurt	11	2
Suhl	4	-

120

19

Information über "negative Kräfte" in der Evangelischen Kirche

BStU
000298
3

Diesem Potential stehen nur 6 progressive Gruppierungen gegenüber, die aber isoliert wirken. (Sächsische Brüderschaft, Seminar Königswartha, Weißenseer Blätter und Arbeitskreis, Basisgemeinde Kapellendorf, Gossner Mission, Aktion Sühnezeichen).

Die Wirkung der negativen und feindlichen Kräfte über die eigentliche Bedeutung des Vorganges hinaus ist auf weitverbreitete politische Unklarheiten bei einer ganzen Reihe, auch von loyalen Amtsträgern zurückzuführen. Sie erkennen nicht bzw. geben vor, nicht zu erkennen, ihre Vereinnahmung durch negative Kräfte sowie die Außensteuerung, insbesondere den gezielten Mißbrauch durch die Westmedien.

Ebenso wird die prinzipielle Bedeutung des militärstrategischen Gleichgewichts weitgehend nicht verstanden. Das macht sie anfällig für Fehldeutungen und Diffamierungen unserer Sicherheitspolitik und ihrer notwendigen Konsequenzen.

Diese Aufzählung von politischen Unklarheiten lässt sich fortsetzen. Um so wichtiger ist die Isolierung der negativen Kräfte und eine breite massenpolitische Arbeit sowie die Einbeziehung in gesellschaftliche Aktivitäten.